



Newsletter vom 14. 7. 2024

Inhalt

Lektüre für die Sommerpause	2
12. Juli 2024, Marianne Wüthrich	2
Verfehltes Schulexperiment.....	4
Zürcher Bote, 5. Juli 2024, Christoph Blocher Alt Bundesrat SVP, Herrliberg.....	4
Keineswegs polemisch.....	5
Condorcet Bildungsperspektiven, 30. Juni 2024, Felix Schmutz	5
Es braucht Vernunft, keine Studien.....	7
Tages-Anzeiger, 2. Juli 2024, Forum, Leserbrief	7
Komplexität der Schule	8
Weltwoche, 3. Juli 2024, Leserbrief.....	8
Integration statt Ausgrenzung.....	8
Tages-Anzeiger, 2. 7. 2024, Forum, Leserbrief	8
Bildungsreform – aber bitte richtig.....	9
NZZ, 8. Juli 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief	9
«Noch nie war der Unmut derart gross»	9
NZZ am Sonntag, 30. Juni 2024, Leserbriefe.....	9
Ein Kostenvergleich zwischen Schulen mit und ohne Förderklassen	10
9. Juli 2024, Hanspeter Amstutz	10
Ein «Ungenügend» für die Pädagogische Hochschule	12
Beobachter, 5. Juli 2024, Daniel Benz und Birthe Homann	12
«Ich fühlte mich ins kalte Wasser geworfen»	14
«Der Realitätscheck war brutal»	15
Mehr Bodenhaftung, bitte!.....	17
Beobachter, 6. Juli 2024, Birthe Homann	17
Abschaffung der Abschlussprüfung.....	18
NZZ, 5. Juli 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief	18
Veranstaltungshinweis	19
Lerncoach oder Bandenchef? Individualisierung versus Sozialität – ein Gegensatz?....	19
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 25. September 2024.....	19



Lektüre für die Sommerpause

12. Juli 2024, Marianne Wüthrich

Da dies die letzte Newsletter-Ausgabe vor der Sommerpause ist, komme ich von unserem neu gefassten Vorsatz ab, uns im Geleitwort auf ein Thema zu fokussieren und so zeitlich etwas weniger beansprucht zu werden. Die neuesten Medienmeldungen geben jedoch einiges zu überlegen, was nicht unverdaut liegenbleiben soll bis Ende August. Kernpunkte meiner Erörterung sind die Lehrerbildung an den PHs und die geplante Abschaffung der allgemeinbildenden Abschlussprüfung an den Berufsschulen.

Integrierte Schule – Debatte ohne Ende

Die Diskussion um die integrierte Schule bleibt weiterhin an erster Stelle in den Zürcher Medien. Ob mit den unsachlichen Aussagen in Artikeln und Leserbriefen («Separierung», «Aussortieren», «traumatisierende Ausgrenzung») wohl die kantonale Zürcher Förderklasseninitiative gebodigt werden soll? Die Argumente von deren Befürwortern sind jedenfalls überzeugender. So zum Beispiel im Artikel von Felix Schmutz («Keineswegs polemisch»), im Leserbrief von Max Knöpfel («Es braucht Vernunft, keine Studien») oder in der Zurückweisung der angeblich höheren Kosten der Förderklassen durch unseren Redaktionskollegen Hanspeter Amstutz. Erfrischend ist auch der Kommentar von alt Bundesrat Christoph Blocher zum Bildungspapier der FDP: «Spät kommt ihr, doch ihr kommt – es taget vor dem Walde.»

Verschiebung der Fremdsprachen auf die Oberstufe

Was wir und viele andere Zeitgenossen schon seit vielen Jahren monieren, greift nun auch die FDP auf: «Auf Primarschulstufe muss das Erlernen der Erstsprache Priorität haben. Die abnehmenden Sprachkompetenzen in den lokalen Landessprachen sind ein Alarmsignal und sprechen für sich. Zweit- oder Fremdsprachen sollen in den einsprachigen Kantonen erst vermittelt werden, wenn die lokale Erstsprache gefestigt ist. Ein Ausbau der Sprachaufenthalte (Sekundarstufe) ist zu prüfen.» Bisher war das Rauschen im Blätterwald zu diesem Programmpunkt eher verhalten. Man wird sehen, wie tatkräftig die FDP dieses Ziel verfolgt.

Eine Lehrerausbildung an der PH, die «das Lehrpersonal auf den Schulalltag vorbereitet»

Auch dies ein Kritikpunkt der FDP. Höchste Zeit wäre es! Die Lehrerbildung, beziehungsweise der Auftrag unserer Pädagogischen Hochschulen, ist eine eigene ausführliche Erörterung wert. In unserer heutigen Sammlung finden Sie zwei Artikel aus dem Beobachter dazu, die bei den Zürcher PH-Absolventen eine grosse Unzufriedenheit mit ihrer Ausbildung (54 Prozent!) feststellen und den Gründen dafür nachgehen. Ihr Urteil lautet: «Zu kopflastig, zu praxisfern». Lesen Sie selbst, was die befragten Studenten und Berufseinsteigerinnen beklagen. Zum Beispiel, dass sie an der PH nur mangelhaft auf den Schulalltag vorbereitet würden, dass zu viel Theorie und zu wenige Praktika auf dem Lehrplan stünden.

Diese Klagen sind verständlich. Denn wie sollen junge Leute unterrichten lernen, wenn sie keine fachgemässe Anleitung erhalten? Allerdings drängen sich der erfahrenen Pädagogin wichtige Ergänzungen auf.

Praktische Ausbildung: Zentral ist die Frage, auf welchem pädagogischen Boden und welchem Menschenbild eine sinnvolle lehrreiche Anleitung beruht. Die Rechtfertigung der Schulleitung der PH Zürich, der Anteil der berufspraktischen Ausbildung liege bei rund einem Drittel der Ausbildungszeit, ist keine befriedigende Antwort. Wenn die praktischen Lehrübungen dem heutigen falschen Ansatz gemäss nur aufs Coachen, auf die Anfertigung individualistischer Wochenpläne und das Ausfüllen von Beobachtungsrastern ausgerichtet sind, bringen auch viele Praxisstunden wenig. Eine echte Einführung ins Lehren beinhaltet die Anleitung

- wie man mit seiner Klasse die gemeinsame und strukturierte Erarbeitung eines Lernstoffs



mit Sachkenntnis und Freude anpacken kann

- wie man mit seinen Schülern in eine Lernbeziehung kommt
- wie man das einzelne Kind besser verstehen lernen kann
- wie man in einer Schar lebendiger, aber nicht immer leicht anzuleitender Kinder zum «Häuptling» wird und vieles mehr

Dazu braucht es als Allerwichtigstes erfahrene und beziehungsstarke Lehrkräfte mit Menschenkenntnis, ob nun eine oder mehrere Praktikantinnen gleichzeitig bei ihr «in der Lehre» sind, ist weniger von Bedeutung. Denn es geht nicht ums Abschauen und mechanische Nachmachen, sondern ums Hineinwachsen in den schönsten aller Berufe.

Bestmögliche Schullaufbahn für alle Beteiligten: Unbedingt alle in die Regelklasse zwingen? «In meiner Klasse gibt es mindestens drei Leistungsniveaus», so eine PH-Absolventin im Beobachter. Sie wurstle sich durch, bereite für eine Stunde drei verschiedene Unterrichtsmaterialien vor, um möglichst jedes Kind abzuholen. Immer wieder gebe es Gespräche mit besorgten Eltern, die finden, ihr Kind werde zu wenig gefördert oder zu sehr gebremst. Frage der Junglehrerin: «Gern hätte ich gelernt, welche Strategien es dazu gibt.» Aber: Wenn sie in ihrer praktischen Ausbildung nur ein paar «Strategien» zu hören bekommt, wird sie vielleicht nicht auf die Beine kommen und die besorgten Eltern haben weiter Anlass zur Sorge. Hier braucht es eine politische Auseinandersetzung, zum Beispiel mit der Notwendigkeit von Förder- oder Kleinklassen.

Was heisst hier zu «kopflastig»? Eine Praxislehrerin: «Vielen fehlte das Rüstzeug, wenn sie zu mir in den Unterricht kamen. Banale Sachen wie eine Textbesprechung durchführen konnten sie nicht.» Sie habe sich dann schon gefragt, ob an der PH wirklich das Richtige unterrichtet werde. – Auch hier ist das Problem nicht die Menge, sondern die Qualität des Wissens. Wenn man davon ausgeht, dass die Kinder sich den Lernstoff «eigenaktiv» erarbeiten sollen, braucht der PH-Student selbst keinen allzu grossen Fundus an Wissen und Fähigkeiten. Ein Desaster für unsere Jugend! Wie sind wir selbst doch an den Lippen des Lehrers gehangen, wenn er uns in die Geheimnisse seines Fachgebietes eingeweiht hat. Dazu gehört auch die Faszination der Sprache, zum Beispiel das Entschlüsseln von Inhalt und Sinn eines kompliziert erscheinenden Textes. Wie sollen die Kinder lesen und schreiben lernen, wenn manche PH-Studenten selbst zu wenig Kenntnisse und Freude an der Sprache haben?

Geradezu tragisch ist das Beispiel der Primarlehrerin, die «alle Entwicklungsstadien eines Kindes bis zum Erwachsenenalter» lernen musste und an der Prüfung über das Säuglingsalter befragt wurde: «Ich muss doch in erster Linie wissen, wie die altersgemässe Entwicklung in den Altersstufen meiner künftigen Schülerinnen und Schüler aussieht», sagt sie. Ein nicht entschuldbares Versagen ihres Dozenten, der seinen Studenten offenbar nicht vermitteln konnte, warum sie den Entwicklungsstand des Säuglings kennen müssen, um denjenigen des Primarschülers zu verstehen. Damit rauscht die ganze Entwicklungspsychologie an den jungen Menschen vorüber.

Abschaffung der ABU-Abschlussprüfung: Eine Einordnung

Weil ich mit Leib und Seele Berufsschullehrerin war, mute ich Ihnen noch ein weiteres Thema zu. Leserbriefschreiber Armin Tschenett warnt mit Recht davor, die schriftliche Abschlussprüfung im Allgemeinbildenden Unterricht (ABU) an den Berufsschulen abzuschaffen, wie die Bundesverwaltung es plant («Allgemeinbildung 2030»). Für den Lehrabschluss würden nur noch die Vornoten und die Abschlussarbeit zählen. Dies wäre der Höhepunkt des jahrzehntelangen Herunterwirtschaftens der Allgemeinbildung an unseren Berufsschulen.

Ein kurzer Blick zurück. Bald nachdem ich als ABU-Lehrerin an einer Zürcher Berufsschule begonnen hatte zu unterrichten, wurde der allgemeinbildende Teil der Berufsschul-Ausbildung zu einem Tummelfeld für radikale Schulreformer. Sie spurten das ganze Konstrukt vor, das wir heute in unserer Volksschule haben: untauglicher Lehrplan, Kompetenzorientierung, Sammelfächer, SOL (selbst organisiertes Lernen), Coaching statt Unterricht und vieles mehr. In den berufskundlichen Fächern kamen derartige Experimente nicht in Frage, weil die Lehrbetriebe und die Berufsbranchen aus



guten Gründen an einer qualitativ hochwertigen Ausbildung festhielten – zum Wohl der Lehrabsolventen und unseres Wirtschaftsplatzes. Ein guter ABU war und ist leider für etliche Berufsausbildner nicht prioritär.

Zunächst wurden die einzelnen Fächer zu einem Sammelfach gemixt und die Lerninhalte im allgemeinbildenden Lehrplan massiv eingeschränkt. Die zentrale Deutschschweizer Prüfungskommission wurde abgeschafft. Diese hatte bis etwa 1990 eine einheitliche Abschlussprüfung auf der Grundlage eines breitgefächerten Sachwissens erstellt (inklusive der Fähigkeit, einen Bewerbungsbrief und einen Aufsatz zu schreiben!), die Prüfung wurde in allen Deutschschweizer Berufsschulen am selben Tag von den dortigen ABU-Lehrkräften durchgeführt und korrigiert. Schnee von gestern. Längst gilt die Devise: «Wer lehrt, prüft.» Das heisst, die ABU-Teams in den einzelnen Schulen verfassen schulinterne Lehrpläne, welche nur in einen vagen Rahmenlehrplan des Bundes passen, aber keinen anspruchsvollen qualitativen Massstab erfüllen müssen. Damit wurden die Lerninhalte und dementsprechend das Niveau der Abschlussprüfungen massiv heruntergefahren. Diese werden seither durch die Lehrerteams an den einzelnen Schulen erstellt. Aber wenigstens blieb eine Prüfung, die auch für weniger motivierte Schüler ein Ansporn ist, sich bis zum Schluss der Lehre aufs Lernen einzustellen.

Im Gegensatz zu den Zeugnisnoten, die von manchen Lehrkräften jenseits jeder Realität viel zu gut gesetzt werden, entsprechen die Noten für die Abschlussprüfung an den meisten Schulen eher den effektiven Leistungen der Schüler, denn hier korrigiert in der Regel das Team. Was die Abschlussarbeit betrifft: Sie wäre eine eigene Erörterung wert. Jedenfalls regnet es dort vor allem Fünfer und Sechser, obwohl – nicht erst seit KI – zahlreiche Arbeiten nicht oder nur teilweise selbstverfasst sind.

So viel in aller Kürze. Zur Erinnerung: Im Allgemeinbildenden Unterricht erhalten die Jugendlichen die einzigartige Gelegenheit, sich in einer Klassengemeinschaft Bildung in vielen Sachbereichen anzueignen, auch über den aktuellen Lebensbezug hinaus. Das darf auch Freude machen, aber es gibt keinen Grund dafür, auf die Einforderung von Einsatz und Leistung zu verzichten und damit die Achtung vor dem ABU als anspruchsvollem Fach zu sichern.

So, nun haben Sie einiges zum Lesen und Nachdenken in den Sommerferien, und unser Redaktionsteam hat definitiv eine längere Pause verdient. Wir freuen uns, Ihnen am 25. August den nächsten Newsletter zuzusenden und wünschen einen sonnigen und erholsamen Sommer.

Marianne Wüthrich

Verfehltes Schulexperiment

Zürcher Bote, 5. Juli 2024, Christoph Blocher Alt Bundesrat SVP, Herrliberg

Erstaunt – aber auch in stiller Freude – lese ich, dass sich die FDP Schweiz von der «integrativen Schule» verabschieden will. Ich denke: «Spät kommt ihr, doch ihr kommt - es taget vor dem Walde.» Der Abschied von der «integrativen Schule» ist dringend. Hätte man dieses verfehlte Schulexperiment gar nicht eingeführt, wären viele Kinder von den Schäden verschont geblieben.

Schon vor der Einführung hat es an massgeblichen, warnenden Stimmen nicht gefehlt. Hier ein Beispiel: Auf einem Morgenlauf stürzte eine Frau auf mich zu und beschwor mich: Sie stehe vor der Pensionierung, nachdem sie vierzig Jahre lang als Sonderschullehrerin gearbeitet habe. «Wisst ihr Politiker eigentlich auch, welches Unrecht ihr den benachteiligten und lernschwachen Kindern antut, wenn diese wieder in die Regelklassen integriert werden? Sie tun ein grosses Unrecht an diesen Sonderschülern», meinte sie. Denn der tägliche Vergleich mit den Besseren entmutigt diese. Dabei hätten viele Absolventen von Sonderschulen ihren Weg gemacht. In Zukunft dürfte dies nicht mehr gut möglich sein. Die Ideologie, alles Ungleiche vermeintlich gleich zu regeln, ist ein Irrweg.



Desgleichen die Absicht der integrativen Schule, auch Migrantenkinder mitzunehmen, die noch kaum ein Wort Landessprache sprechen. Das führt dazu, dass das Niveau der Volksschule insgesamt gesunken ist. Leidtragende sind auch die Lehrerinnen und Lehrer, die all den Erwartungen seitens der Schule, der Auflagen des Lehrplans und den Ansprüchen der Eltern kaum mehr gerecht werden können.

PS: Dass jetzt ausgerechnet der frühere Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann (FDP) die Abkehr von der integrativen Schule fordert, ist erstaunlich. Denn sein Kanton Basel-Stadt hat die Kleinklassen als erster abgeschafft – mit seiner Unterstützung.

E gfreuti Wuche!

Keineswegs polemisch

Condorcet Bildungsperspektiven, 30. Juni 2024, Felix Schmutz

Die FDP bezieht Stellung zur Volksschule

Das Bildungspapier, das die FDP vor einer Woche an ihrer Delegiertenversammlung verabschiedet hatte, schlug in der Schweiz wie eine Bombe ein. Die Reaktionen – vor allem aus dem Bildungsestablishment – fielen ungnädig bis empört aus. Condorcet-Autor Felix Schmutz hat das Papier gelesen. Erkennt viele gute Ansätze, benennt aber auch seine Schwächen.

Am 22. Juni stellte die FDP ihr Positionspapier zur Rettung der Volksschule vor, die sie durch Fehlentwicklungen gefährdet sieht. Das Papier nennt 17 «Handlungsfelder», die verändert werden müssen, um die Wirksamkeit der Schweizer Volksschule zu verbessern. Die FDP will damit eine breite Bildungsdebatte anstossen.¹

Die Kritik am Vorstoss der FDP liess nicht lange auf sich warten. Schon ein Tag nach der Ankündigung zitiert die Basler Zeitung SP-Nationalrat Islam Alijaj mit dem Aufschrei: «Rote Linie überschritten». Mitte-Nationalrätin Marie-France Roth Pasquier, der Direktor des Zentrums für Heil- und Sonderpädagogik Romain Lanners und die Präsidentin des LCH, Dagmar Rösler, schliessen sich der empörten Reaktion Alijajs an. Die genannten Fachleute schäumen vor Wut. Der ideologische Kampf ist eröffnet.²

Hauptsächlich entzündet sich der Widerstand am zweiten Handlungsfeld des Positionspapiers, der integrativen Schule. Die FDP schreibt dazu Folgendes:

Die integrative Schule erreicht die Ziele nicht

In der Praxis hat sich die integrative Schule zu wenig bewährt. Sie benachteiligt unter den gegebenen Voraussetzungen die lernschwachen Kinder und hindert den Regelunterricht. Integration ist erstrebenswert, aber Inklusion um jeden Preis ist nicht zielführend. Vorhandene Schwächen bei Schülerinnen und Schülern müssen künftig wieder vermehrt gezielt und individuell angegangen werden können. Ebenso soll die Volksschule Kinder mit besonderen Begabungen entsprechend fördern. Die künstliche und sehr teure Gleichmacherei in Form einer ausnahmslosen Integration nützt niemandem und untergräbt die Chancengerechtigkeit.

Liest man diesen Text unvoreingenommen, stellt man fest, dass er – mit Ausnahme des Vorwurfes der «Gleichmacherei» – keineswegs polemisch oder populistisch formuliert ist, sondern nüchtern feststellt, was in zahlreichen Schulstuben der Schweiz Realität ist: Kinder, die ausrasten und andere

1

https://www.fdp.ch/fileadmin/documents/fdp.ch/pdf/DE/Positionen/Bildung_Forschung_Innovation/Positionspapiere/20240622_PP_Bildung_d.pdf

2 «Rote Linie überschritten» – FDP-Präsident löst Kritik aus, in Basler Zeitung vom 21.06.2024, S.2.



am Lernen hindern; Kinder, die in Nebenräume oder im Gang etwas vor sich hin werkeln; Lehrpersonen am Rande des Nervenzusammenbruchs; die mangelnde Zahl von betreuenden Heilpädagoginnen; Senioren als Assistenzen; Kinder mit Kopfhörern wegen des Lärms, etc.

Reflexartig werden ideologisch-gefärbte Kategorien beschworen, die jedoch eine völlige Überinterpretation des FDP-Textes darstellen.

Der Text fordert nicht die Separierung der Kinder, wie die Kritiker unterstellen, sondern Massnahmen, die sicherstellen, dass alle Kinder, sowohl die lernschwachen, die normal begabten als auch die besonders begabten, ihren Voraussetzungen gemäss gefördert werden können, **damit für alle Chancengerechtigkeit besteht**.

Die Kritiker argumentieren mit «Aussortieren der Schwachen», mit der Inklusion als «Menschenrecht», mit einem angeblichen «Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen», mit «rückständiger» Lösung. Reflexartig werden ideologisch-gefärbte Kategorien beschworen, die jedoch eine völlige Überinterpretation des FDP-Textes darstellen:

«Schwächen gezielt» angehen bedeutet nicht «aussortieren», sondern zu besseren Chancen verhelfen. Die Integrierer wollen dasselbe, indem sie Betreuungspersonal in die Klassen schicken, was jedoch angesichts des Fachkräftemangels nur punktuell stattfindet und Unruhe ins Unterrichtsgeschehen bringt. Die Schwachen erhalten im Übrigen keine besseren Chancen, wenn im Klassenzimmer Chaos herrscht, abgesehen davon, dass auch die normal Beschulbaren nicht optimal gefördert werden.

Ein Widerspruch zur Forschung besteht nicht, denn eine breite Metastudie der Universität Kopenhagen hat festgestellt, dass weder punkto Leistung noch punkto Diskriminierung ein Nachteil bei der separativen Beschulung von Kindern mit besonderem Bildungsbedarf besteht.

Ein Widerspruch zur Forschung besteht nicht, denn eine breite Metastudie der Universität Kopenhagen hat festgestellt, dass weder punkto Leistung noch punkto Diskriminierung ein Nachteil bei der separativen Beschulung von Kindern mit besonderem Bildungsbedarf besteht. Dass die immer wieder erwähnten Studien (21'000 an der Zahl) schwere Mängel aufweisen, ist eine weitere Erkenntnis dieser aufwendigen und sorgfältigen Überblicksstudie.³

Die Menschenrechtskonvention (MRK) kann wörtlich oder sinngemäss ausgelegt werden. Sinngemäss sollen alle Menschen, auch die Benachteiligten, die Bildung erfahren, die ihnen die bestmögliche Partizipation am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Förderklassen «sortieren nicht aus», sondern sollen die geeigneten Ressourcen schaffen, damit genau diese Chancengerechtigkeit auch für Schwächere hergestellt werden kann.

Hermann Giesecke wies 2015 auf die Umdeutung des Bildungsartikels der MRK im Deutschen hin. Integration (Einbeziehung) wurde zur Inklusion (Einschliessung) mit dem Unterschied, dass nicht Partizipation das Ziel war, sondern die Anpassung der Gesellschaft an die Behinderten und Benachteiligten. Deshalb sind die disruptiven Folgen der schulischen Integration eigentlich gewollt. Alle

³ Nina T. Dalgaard | Anja Bondebjerg | Bjørn C. A. Viinholt | Trine Filges: *The effects of inclusion on academic achievement, socioemotional development and wellbeing of children with special educational needs*, VIVE—The Danish Centre for Social Science Research, Copenhagen, Denmark. Campbell Systematic Reviews. 2022.)



Kinder sollen mit den Störungen und Schwächen der Benachteiligten ständig konfrontiert sein und sich darauf einstellen müssen.⁴

Im Gegenteil, und das ist gerade die Schwäche des Positionspapiers: Es benennt Handlungsfelder mit dringendem Besserungsbedarf, bringt aber keine ganz konkreten Ideen zur Umsetzung.

«Rückständig» ist ein beliebtes Totschlagargument, mit dem jede Diskussion in nuce verhindert werden kann. Jede Tätigkeit, die frühere Generationen ausgeübt haben, kann man als rückständig verunglimpfen. Das ist jedoch noch kein negatives Qualitätsmerkmal. In diesen Tagen wird gerne an Immanuel Kant (1724-1804) erinnert, dessen Gedanken noch heute als wegweisend und nicht als «rückständig» gelten. Mit «rückständig» wird «schlecht», da überholt, insinuiert. Der FDP-Text verlangt jedoch mit keinem Wort eine Rückkehr zu einem schlechten Zustand.

Im Gegenteil, und das ist gerade die Schwäche des Positionspapiers: Es benennt Handlungsfelder mit dringendem Besserungsbedarf, bringt aber keine ganz konkreten Ideen zur Umsetzung. Die Umsetzung bleibt bei sehr allgemeinen Forderungen stehen, die dann beliebig interpretiert werden können:

Was soll konkret an die Stelle der gescheiterten integrativen Schule treten? Wie sollen lernschwache Kinder «gezielt» gefördert werden? Wer gilt als lernschwach? etc. Da stellen sich viele Fragen zur detaillierten Umsetzung. Wer soll im Übrigen die angestrebte verbesserte Volksschule planen? Soll wiederum, wie beim Lehrplan 21, ein abgehobenes Team ohne jeden Wirklichkeitsbezug den Auftrag erhalten und ein Alibi-Kopfnickergremium aus Lehrpersonen die Vorschläge absegnen?

Die Form der Debatte ist mit den heftigen Reaktionen bereits vorgezeichnet: Es wird zu einem erbitterten Parteienhickhack zwischen Links und Bürgerlich/Rechts kommen, anstatt dass zunächst einmal eine ehrliche Analyse des Zustandes der Volksschule vorgenommen wird und Verbesserungen schrittweise, wo empfehlenswert, vorgenommen werden, und zwar ohne ideologische Scheuklappen. Der dringende Handlungsbedarf besteht.

Es braucht Vernunft, keine Studien

Tages-Anzeiger, 2. Juli 2024, Forum, Leserbrief

«*Tages-Anzeiger*» vom 27.6. «*Es bräuchte viel mehr Ressourcen*»

Dennis Hövel, Professor an der interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik, ist ein vehementer Befürworter der integrativen Schule und wendet sich aus wissenschaftlicher Sicht gegen die Wiedereinführung von Klein- und Förderklassen. Auch verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche sollen konsequent in Regelklassen unterrichtet werden. Davon würden alle profitieren, meint der Bildungsexperte. Um dies zu erhärten, zählt er mehrere Studien auf. In einem zentralen Punkt bleiben jedoch solche Belege aus. Hövel gibt zwar zu, dass zu viele Fachleute im Klassenzimmer störend sind, behauptet aber, es würde noch mehr davon brauchen, würden die Verhaltensauffälligen separat beschult werden. Diese Annahme entbehrt jeglicher Grundlage, sonst hätte Hövel wohl eine weitere Studie dafür herbeigezogen. Es verhält sich gerade umgekehrt, das wurde in der Vergangenheit oft bewiesen: Für Kleinklassen, in denen heilpädagogisch ausgebildete Lehrkräfte mit grossen Pensen unterrichten, braucht es weniger Ressourcen, und die Schülerinnen und Schüler können in

⁴ Hermann Giesecke, Inklusion, 2



einer markant ruhigeren Atmosphäre besser lernen und arbeiten. Für diese Erkenntnis braucht es tatsächlich keine Studie, sondern Vernunft und Augenmass.

Max Knöpfel, Pfäffikon

Komplexität der Schule

Weltwoche, 3. Juli 2024, Leserbrief

Nr. 25 – «Befreit die Schulen vom Staat» Olivier Kessler über die Bildungsmisere

Für die Volksschule wird aktuell die Abschaffung der Noten und der Selektion gefordert, und Olivier Kessler verlangt nun gar, die Schulpflicht und die öffentliche Finanzierung aufzuheben und die Bildung dem freien Markt zu überlassen. Damit wäre sie dann keine Institution der Gesellschaft für die Gesellschaft mehr. Die Reformen der letzten Jahrzehnte sind dem Irrtum aufgesessen, dass ein überladener Lehrplan mehr Wissen, ein früherer Französischunterricht bessere Kenntnisse in dieser Sprache, eine Abschaffung separativer Angebote mehr Integration und selbstorganisiertes Lernen motiviertere Schülerinnen und Schüler hervorbringen würden. Sie alle haben die Komplexität der Institution Schule und der schulischen Praxis unterschätzt, ignoriert oder übersehen. Diesem Scheitern werden nun blindlings noch radikalere Forderungen und Reformen oder eben gleich die Abschaffung der öffentlichen Institution entgegengesetzt. Wir teilen aber die Welt und müssen deshalb auch bereit sein, als Gemeinschaft für diese einzustehen. Und die öffentliche Schule ist der Ort, wo wir dies lernen können.

Christine Staehelin, Basel

Integration statt Ausgrenzung

Tages-Anzeiger, 2. 7. 2024, Forum, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 22.6. «Rote Linie überschritten - FDP-Präsident löst Kritik aus»

Vor meiner Pensionierung habe ich als Heilpädagogin im Kanton Appenzell Ausserrhoden gearbeitet. 1992 startete der erste Versuch einer integrativen Schulklasse in Trogen. Meine Generation ist extrem sensibilisiert gegenüber Ausgrenzungsmechanismen. Diese umfassen für mich einen elitären Anspruch und ein Schwarz-Weiss-Denken. Es wird schöngeredet und man wünscht den schwierigen Kindern eine ihnen angepasste Bildung. Ich habe oft Menschen kennen gelernt die diese Ausgrenzung traumatisiert hat. Das integrative Modell ist zweifelsohne anspruchsvoll und bedarf immer wieder Anpassungen damit es gelingt: etwa Kitas als erste Bildungsstätte, kleine Klassen, permanente Weiterbildung für Lehrpersonen, Elternarbeit und die Akzeptanz der schulischen Heilpädagoginnen und ihrer Funktion. Investieren wir in die Rahmenbedingungen einer Integration anstatt in Ausgrenzung.

Ursula Häberli-Nef, Herisau



Bildungsreform – aber bitte richtig

NZZ, 8. Juli 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief

Die FDP positioniert sich vor den Wahlen im Herbst mit einem umfassenden Reorganisationsplan für den Bereich Bildung (NZZ 21. 6. 24). Neben spannenden Ansätzen liegt der Fokus der FDP medial auf dem Thema integrative Schule. Aus ihrer Sicht ist die integrative Schule gescheitert.

So wie die integrative Schule heute geführt wird, ist sie an vielen Orten tatsächlich nicht funktionsfähig. Zu wenig Ressourcen, personell wie finanziell, tun für die integrierten Kinder und die anderen Schüler nichts Gutes. Lehrpersonen mögen nicht mehr, verzweifeln an der Quadratur des Kreises. Vorhandene Schwächen bei Schülern müssen künftig wieder vermehrt gezielt und individuell angegangen werden können. Ebenso soll die Volksschule Kinder mit besonderen Begabungen entsprechend fördern.

Gleichzeitig ist aber festzuhalten: Integrative Schule kann nur mit den richtigen und wirkungsorientierten Ressourcen gelingen. Dort, wo dies gelebt wird, zeigt sich der Mehrwert für alle, auch für die Stärkung der Gesellschaft und einer geliebten Bildungslandschaft, die alle nutzen können. Separierung ist nicht nur schlecht für die Gesellschaft, sondern auch sehr kostspielig. Davon spricht die FDP nicht.

Es sind nicht nur Kinder mit einer Beeinträchtigung eine Herausforderung im (integrativen) Unterricht; die zunehmende Zahl von verhaltensauffälligen Kindern verlangt eine Anpassung der Ressourcen. Ein Sonderschulplatz kostet 60 000 Franken. Eine bedarfsgerechte Ausstattung mit multi-professionellen Teams im Einsatz in Regelschulen würde nachweislich weniger kosten und mehr bringen. Berechnungen zeigen auf: Es könnte sogar gegenüber der heutigen Praxis gespart werden. Warum wird nicht darüber gesprochen und entsprechend gehandelt?

Die FDP trifft mit dem Thema für ihren Wahlkampf ins Schwarze. Es ist jedoch nicht die Lösung, die integrative Schule als gescheitert zu bezeichnen. Das Ziel muss sein, das System erfolgsorientiert auszustatten.

Béa Bieber, Vorstand Bildung und Betreuung Schweiz

«Noch nie war der Unmut derart gross»

NZZ am Sonntag, 30. Juni 2024, Leserbriefe

«Die Vordenker der Bildung und ihr Versagen» NZZaS vom 23. Juni

Zu Recht bemängelt René Donzé, dass die vielen Schulreformen der letzten Jahre kaum etwas gebracht hätten: Noch nie war der Unmut über die Volksschule derart gross. Nicht nur die Kinder und Jugendlichen, auch Lehrkräfte und Eltern leiden zunehmend unter Leistungsdruck, Konkurrenzdenken, überfrachteten Lehrplänen und Machtkämpfen.

Statt der vielen kleinen «Scheinreformen» brauchte es endlich eine umfassende grosse Reform. Diese müsste sich voll und ganz an den grundlegenden Bedingungen für erfolgreiches Lernen orientieren, so wie es uns die Kinder in den ersten Lebensjahren bei ihrem individuellen, spielerischen und zugleich so erfolgreichen Lernen vorleben. Eine solche am Kind orientierte, radikale Schulreform dürfte vor der Frage nicht zurückschrecken, ob es jenseits von staatlich verordneten Lehrplänen nicht noch ganz andere, viel offenere und freiere Formen geben könnte, um den Traum aller Kinder und Jugendlichen zu verwirklichen, wieder mit so viel Freude lernen zu können, wie sie alle dies in ihren ersten Lebensjahren getan hatten.

Peter Sutter, Buchs (SG)



Dass die Projekte Frühfranzösisch und Frühenglisch ein fulminanter Schuss in den Ofen sind, wissen betroffene, an der Front Arbeitende nicht erst seit der ernüchternden Pfenninger-Studie von 2017. Noch mehr neue Quantität im Schulalltag führt halt nicht zwingend zu mehr Qualität. Das Narrativ, dass das Beherrschen einer anderen Landessprache für die kulturelle Verständigung und den nationalen Zusammenhalt in der Schweiz massgebend sei, ist eine überholte Mär. Primarschülerinnen lernen heutzutage mühelos und selbstbestimmt Englisch, und das massgeblich durch die sozialen Netzwerke, Filme und Musik und nicht im Schulunterricht. Und die jüngeren Generationen in der viersprachigen Schweiz verständigen sich untereinander in der Realität auf Englisch, ob wir das nun wahrhaben wollen oder nicht.

Urs Stähli, Winkel b. Bülach (ZH)

Ein intensiver Austausch auf Augenhöhe zwischen den pädagogischen Hochschulen und erfolgreichen Schulpraktikern ist eine Voraussetzung für das Gelingen von Reformen. Doch dieser Leitsatz einer behutsamen Schulentwicklung wurde in den letzten Jahren kaum beachtet. Ausgerechnet in der Didaktik, die nicht zum exakten Bereich gehört, wurden stark umstrittene Neuerungen in den Schulen eingeführt. Ohne gründliche Erprobung wurden die Idee des Sprachbads in den Fremdsprachen, der Vorrang von Kompetenzen gegenüber Inhalten beim Lehrplan und aufwendige Integrationsmodelle für praxistauglich erklärt. Vom einstigen Versprechen, man werde nach einer gewissen Zeit eine Überprüfung aller Reformen vornehmen und wenn nötig Konsequenzen ziehen, ist nicht viel eingehalten worden. Zwar fanden einige Evaluationen statt, doch für einschneidende Korrekturen oder gar den Abbruch fehlte jeder politische Wille. Zu Recht spricht René Donzé von einem Versagen der bildungspolitischen Führung. Was es dringend braucht, sind engagierte Persönlichkeiten, die ohne Überheblichkeit den Schaden aufarbeiten und einen Neuanfang wagen.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf (ZH)

Ein Kostenvergleich zwischen Schulen mit und ohne Förderklassen

9. Juli 2024, Hanspeter Amstutz

Kosten im aktuellen integrativen System

- Im Durchschnitt ist im Kanton Zürich eine Heilpädagogin für den Einsatz in acht Regelklassen vorgesehen (theoretisch). Diese Fachleute leisten meistens Einzelarbeit bei Schülern mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten.
- Schüler mit einem Status als integrierte Sonderschüler brauchen eine intensivere Betreuung, die im Extremfall gar eine 1 zu 1 Betreuung erfordern kann.
- Die Stelle für eine Heilpädagogin kostet die Schule mindestens ebenso viel wie für eine Klassenlehrkraft (eine Vollzeiteinheit). Doch die Kosten der heilpädagogischen Arbeit in den Regelklassen wird nicht dem Budget mit den Vollzeiteinheiten angerechnet, was der integrativen Schule gegenüber dem Förderklassenmodell einen höchst umstrittenen Vorteil verschafft.
- Die übrigen therapeutischen Aufgaben wie Diskalkulie-, Legasthenie oder Rhythmikstunden werden von weiterem Fachpersonal angeboten, das heute in jedem System zu einem Schulteam gehört.
- Die aktuell oft angewandte Stabilisierung schwieriger Klassen durch Mithilfe von Klassenassistenten ist nicht zum Nulltarif zu haben, wenn ausgebildetes Personal eingesetzt



werden muss. Obwohl sich die Zahl der neu eingestellten Schulassistenten in den letzten Jahren stark erhöht hat, kann der Bedarf noch immer nicht ausreichend gedeckt werden.

- Benötigt ein Schüler eine intensive Betreuung aus Verhaltensgründen, stösst die integrierte Schule oft an Grenzen. Dann erfolgt infolge des Fehlens einer Förderklasse als letzter Ausweg eine Einweisung in ein Sonderschulheim, wo jährliche Kosten von Fr.50000 bis Fr.100000 anfallen. Diese Kosten belasten dann nicht die Schule direkt, sondern das Sozialwesen.
- Setzt eine Schule auf das als Alternative zu den Förderklassen propagierte Modell der «Schulinseln», benötigt sie mindestens eine weitere Vollzeiteinheit für eine Lehrkraft in diesem Auffangzentrum. Dazu kommen noch Einzelstunden für therapeutische Massnahmen. Verhaltensauffällige Schüler, die einige Tage oder Wochen auf einer Schulinsel verbringen, müssen gezielt weiter unterrichtet und in Bezug auf ihre Schulschwierigkeiten abgeklärt werden.

Kosten bei einem System mit Förderklassen

- Die Führung einer Förderklasse mit zehn bis 12 Schülern erfordert eine Vollzeiteinheit. Das fällt ins Gewicht, da Kleinklassen nicht aus dem Budget für heilpädagogische Massnahmen, sondern aus dem Stellenpool mit den Vollzeiteinheiten finanziert werden. Dies hat zur Folge, dass mit der Einführung einer Förderklasse die übrigen Klassen meist leicht erhöhte Schülerbestände haben. Dieses Finanzierungsmodell hat entscheidend zum Verschwinden fast aller Kleinklassen im Kanton beigetragen.
- Werden Regelklassen durch einen Transfer stark verhaltensauffälliger Schüler in eine Förderklasse entlastet, fallen teure Einzelstunden der Heilpädagoginnen weg. Die Anzahl der Heilpädagogen für die Regelklassen kann reduziert werden.
- Förderklassen sind nur in Schulen vorgesehen, wo der Bedarf klar ausgewiesen ist und integrative Lösungen das Schulsystem überfordern.
- Auf das Modell der teuren Schulinseln kann bei einem System mit Förderklassen verzichtet werden.
- Die starre Regelung, dass die Förderung verhaltensauffälliger Schüler integrativ im Unterricht der Regelklassen erfordern muss, bindet den grössten Teil der Heilpädagoginnen an ein doktrinär vorgegebenes System. Die Ausbildung an der Hochschule für Heilpädagogik ist in erster Linie auf eine Einzelförderung und nicht auf die Führung einer Klasse ausgerichtet.
- Aufgrund der angespannten Situation in vielen Schulen fordert der LCH schon länger eine Doppelbesetzung in sozial belasteten Klassen. Diese Massnahme würde die Kosten des integrativen Modells gewaltig erhöhen.
- In Schulen mit einer Förderklasse dürfte die Zahl der Einweisungen schwieriger Schüler in die enorm teuren Sonderschulheime kleiner sein. Eine enge Führung, wie sie verhaltensauffällige Schüler in der Regel nötig haben, kann viel besser in einer Förderklasse erfolgen als in den heterogenen Regelklassen.
- Eine spezielle Form der Förderklassen sind die Einführungsklassen für die ersten beiden Schuljahre. In diesen Klassen wird der Stoff der ersten Klasse auf zwei Schuljahre verteilt. Diese abgeschafften Förderklassen hatten sich sehr bewährt, weil sie die Erstklasslehrerinnen entlasteten und für den Schulerfolg der Kinder eine zentrale Rolle spielten.

Fazit:

Bei einem fairen Vergleich fallen keine Mehrkosten an.



Bei einem Vergleich der gesamten Kosten für das integrative Schulmodell schneidet dieses gegenüber einem System mit Förderklassen keinesfalls besser ab. Die meisten Kostenvergleiche, welche das integrative Modell als kostengünstiger bezeichnen, stellen nicht in Rechnung, wie aufwändig die umfangreiche Einzelförderung in den Regelklassen ist. Dies geschieht deshalb sehr häufig, weil der Einsatz der Heilpädagoginnen in diesen Klassen das Stellenbudget mit den Vollzeiteinheiten nicht belastet. Im Gegensatz dazu bedeutet die Führung einer Förderklasse, dass dafür eine Vollzeiteinheit berechnet wird. Würden weniger Heilpädagoginnen in der kostspieligen Einzelbetreuung in den Regelklassen eingesetzt, ergäbe dies genug finanzielle und personelle Kapazitäten zur Führung einer Förderklasse. Die gesetzliche Bevorzugung des integrativen Schulmodells ist aktuell das Haupthindernis für die Wiedereinführung von Förderklassen.

Würde man das integrative Modell weiter ausbauen, wie es von verschiedenen Seiten vehement gefordert wird, könnte in separativen Schulsystemen in den Förderklassen problemlos mit Doppelbesetzungen unterrichtet werden, ohne dass Mehrkosten entstünden. Bei der Diskussion um die Kosten der beiden Schulmodelle gilt es auf jeden Fall genau darauf zu achten, wieweit nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden.

Ein «Ungenügend» für die Pädagogische Hochschule

Beobachter, 5. Juli 2024, Daniel Benz und Birthe Homann

Zu kopflastig, zu praxisfern: Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern steht in der Kritik. Mehrere Betroffene wenden sich an den Beobachter – und lassen Dampf ab.

Jedes Jahr die gleiche bange Frage: Stehen nach den Sommerferien genügend Lehrerinnen und Lehrer in den Schweizer Klassenzimmern? Die Erfahrung der letzten Zeit zeigt: Es wird auch diesmal klappen – irgendwie.

Doch die Lage verschärft sich. Rund 45'000 neue Lehrkräfte müssen bis 2031 für die Primarstufe rekrutiert werden, berechnet das Bundesamt für Statistik. Für die Sekundarstufe I sind es 27'500.

«Nicht genügend ausgebildete Mitarbeitende»

Hauptgrund für den riesigen Bedarf ist das Bevölkerungswachstum. Erschwerend kommt hinzu: Immer mehr Lehrpersonen wollen Teilzeit arbeiten, und von jenen aus der Babyboomer-Generation gehen viele bald in Pension.

Ohne Kompromisse füllen sich die Klassenzimmer nicht – das heisst: unterrichten auch ohne pädagogische Ausbildung. «In den kommenden zehn Jahren müssen wir damit leben, dass wir nicht genügend ausgebildete Mitarbeitende zur Verfügung haben», sagt Thomas Minder, Präsident des Verbands Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz.

Grosse Unzufriedenheit nach der Ausbildung

Umso wichtiger ist die Ausbildungsqualität an den 16 Pädagogischen Hochschulen (PH). Doch hier mehren sich die Vorbehalte: Trotz Diplomabschluss fühlen sich viele beim Einstieg in den Beruf ins kalte Wasser geworfen. Die Kritik lautet: Die Lerninhalte an den PH bilden die Realität in den Klassenzimmern nur unzureichend ab.

54 Prozent der Absolventen fanden, die Pädagogische Hochschule Zürich bereite «eher nicht gut» bis «überhaupt nicht gut» auf den Berufseinstieg vor.



Besonders stark gärt es an der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH). Mit gegen 4000 Studierenden ist sie die grösste Ausbildungsstätte für Lehrpersonen in der Schweiz. Eine Umfrage vom März 2024 macht die weitverbreitete Unzufriedenheit deutlich. Die PHZH befragte Studierende, die 2021 ihren Abschluss machten, wie sie ihre Ausbildungszeit bewerten.

Der niederschmetternde Befund: Über die Hälfte, 54 Prozent, empfanden die Vorbereitung auf den Berufseinstieg als «eher nicht gut» bis «überhaupt nicht gut».

Wirklich nur ein Corona-Effekt?

Die Schulleitung der PH Zürich erklärt sich das damit, dass die Befragten ihr Studium zum Teil während der Corona-Pandemie absolvierten. Dadurch hätten sie weniger Praxiserfahrungen sammeln können.

Doch es handelt sich nicht nur um eine Ausnahmesituation. Auch beim Beobachter haben sich in den letzten Wochen mehrere Absolventinnen, Lehrer und Dozentinnen der PHZH sowie Bildungspolitiker und weitere Personen aus dem Schulumfeld gemeldet und ihrer Kritik Luft gemacht. Darunter solche, die seit Jahren unterrichten oder Abgängerinnen beim Berufseinstieg betreuen. Namentlich zitiert werden wollen sie aber nicht. «Als Lehrerin liegt es nicht drin, es sich mit der PH zu verschmerzen», sagt eine Gesprächspartnerin.

Zu sehr auf Theorie fixiert

Grösster gemeinsamer Nenner der Aussagen: Die Ausbildung an der PH sei zu theorielastig, sie vernachlässige die praktischen Aspekte des heutigen Lehrerberufs und damit den Kernauftrag der Pädagogischen Hochschule.

Dabei war die PH lange das Lieblingkind der Zürcher Bildungspolitik. 63 Millionen Franken steckte der Kanton in den Bau eines neuen Campus. Er wurde 2012 an bester Lage beim Hauptbahnhof Zürich bezogen. «Mit dem neuen Campus wird ein bildungspolitisches Zeichen gesetzt, das die PH weiter stärken wird», sagte damals Regierungsrätin Regine Aeppli. In der Folge stiegen die Studierendenzahlen denn auch rasch.

Vom Liebling zum Sorgenkind

Jetzt hat der Wind gedreht. Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen stagniert, war in den beiden letzten Jahren sogar rückläufig. In der Politik ist das einstige Liebling zum «Sorgenkind» geworden. So bezeichnete Chantal Galladé die PH Zürich während einer Debatte im Kantonsrat zur Abnahme des PH-Jahresberichts.

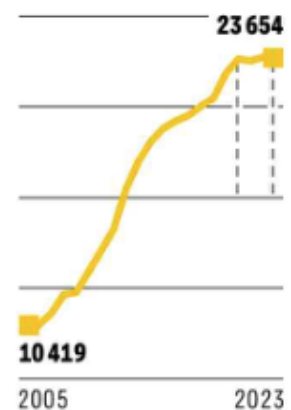
Die GLP-Politikerin kritisierte, dass die PH Mittel aus Steuergeldern verlagert. «Die PH erlaubt es sich trotz Lehrermangel, vor allem in die Forschung und die Administration zu investieren und nicht in ihr Kerngeschäft, die Ausbildung von Lehrpersonen», sagte sie. «Das dürfen wir nicht so stehen lassen.»

«Generalisten statt Spezialisten»

Galladés Wort hat Gewicht, sie sitzt in der Aufsichtscommission, die kontrolliert, ob die PH ihren Leistungsauftrag erfüllt. Die Kurzfassung ihrer Kritik, die sie in den sozialen Medien postete, erhielt durchweg Zustimmung.

PH weniger attraktiv

Nach Jahren des rasanten Wachstums stagnieren die Zahlen der Studierenden an den 16 pädagogischen Hochschulen der Schweiz seit rund drei Jahren.



An der PH Zürich ist die Zahl der Studienabschlüsse sogar um 6 Prozent zurückgegangen.





Wie Galladé richteten noch weitere Politiker mahnende Worte an die PH-Leitung. Die Fachhochschule dürfe die Bodenhaftung nicht verlieren, hiess es etwa. Oder: Man brauche an der Volksschule «Generalisten statt Spezialisten».

Frustriert das Handtuch geworfen

Die Schulleitung entgegnet: «Die Tätigkeiten der PH Zürich richten sich zu überwiegenden Teilen auf das Schulfeld aus, so auch die Forschung.» Diese bearbeitete Fragen zum Lehren und Lernen, zur Förderung von Lernprozessen und zur Chancengerechtigkeit. Ebenso zur uneinheitlichen Zusammensetzung der Klassen, zur Digitalisierung in der Schule sowie zur Professionalität von Lehrpersonen.

Trotzdem: Etliche Gesprächspartnerinnen berichten von Kollegen, die frustriert das Handtuch geworfen haben. Noch während des Studiums oder später, als sie mit dem Schulalltag überfordert waren.

Ist der Beruf nicht mehr attraktiv? Fakt ist: Die Zahl der PH-Absolventen in der Schweiz stagniert. Auf der anderen Seite scheint die «Verbleibquote» im Lehrberuf ziemlich hoch zu sein. Gemäss dem Bildungsbericht 2023 gibt es zwar nur wenig quantitative Daten dazu. Die Erhebung im Bericht zeigt aber, dass neun von zehn Lehrpersonen ihrem Job auch fünf Jahre nach dem Abschluss treu geblieben sind.

Allerdings lässt sich feststellen, dass die jüngeren Lehrkräfte – unter 35 – verglichen mit den anderen Altersgruppen eine etwas höhere Ausstiegsquote haben.

Immerhin: Fürs bevorstehende Studienjahr steigen die Anmeldungen an der PHZH wieder an. Ein praktischer Grund: Wer das Studium abschliesst, kann sich momentan den Job aussuchen.

«Ich fühlte mich ins kalte Wasser geworfen»

In Zürich klagen Lehrerinnen über immer mehr Theorie statt Praxis. Das führe beim Einstieg in den Beruf zu Überforderung.

Wie gehe ich mit einem Kind um, das kaum Deutsch versteht? Wie arbeite ich mit Eltern zusammen, die nicht mitmachen wollen? Was mache ich mit Kindern, die permanent den Unterricht stören?

Auf solche Situationen im Schulalltag müsste das Studium an der Pädagogischen Hochschule Zürich vermehrt eingehen. Doch: «Die mangelnde Vorbereitung darauf ist mit ein Grund für Überforderung und Stress bei den Berufseinsteigerinnen», sagt ein erfahrener Lehrer und Bildungspolitiker.

Deshalb verlassen manche früh den Beruf oder erleiden ein Burn-out. Genau das belegt eine Befragung von Lehrpersonen im Kanton Luzern.

«Eine zweitklassige Universität»

Im Jahr 2002 wurde das damalige Lehrerseminar zur Pädagogischen Hochschule aufgewertet. Seither wird die Ausbildung immer wissenschaftlicher – das kritisieren nicht nur Lehrerinnen und Lehrer. Auch ein langjähriger Dozent sagt, unter dem aktuellen Rektorat an der Pädagogischen Hochschule in Zürich sei eins besonders augenfällig geworden: «Man will die Forschung stärken, statt sich auf die Kernaufgabe zu konzentrieren: für den Lehrberuf ausbilden.»

Der Berufsverband FH-ZH, der die Interessen der Zürcher Fachhochschul-Mitarbeitenden vertritt, verfolgt diese Entwicklung mit Sorge. «So wird die PH Zürich zu einer zweitklassigen Universität statt zu einer erstklassigen Fachhochschule», sagt Präsident Felix Bürchler. Er fordert: «Das Erfahrungswissen braucht einen höheren Stellenwert.»

Theoretisches Wissen zu Säuglingen pauken

Eine Primarlehrerin, die 2023 ihren Abschluss in Zürich gemacht hat, musste alle Entwicklungsstadien eines Kindes bis zum Erwachsenenalter lernen, erzählt sie. Detailliert. An der Prüfung sei dann



das Säuglingsalter drangekommen – obwohl sie es als Primarlehrerin nie mit Babys zu tun haben wird.

«Ich muss doch in erster Linie wissen, wie die altersgemässe Entwicklung in den Altersstufen meiner künftigen Schülerinnen und Schüler aussieht», sagt sie. Von Münsterchen im selben Stil berichteten dem Beobachter auch weitere ehemalige Studierende.

«Der Lehrermangel ist definitiv hausgemacht»

Eine Absolventin, die heute eine zweite Primarklasse unterrichtet, sagt: «Der Lehrermangel ist definitiv hausgemacht, weil das Studium an der PH unattraktiv ist und der Praxisbezug fehlt.» Sie fordert mehr Flexibilität bei den hohen Präsenzzeiten. «Gern hätte ich schon neben dem Studium Praxiserfahrung als Vikarin gesammelt.» Aber mit 80 Prozent Anwesenheitspflicht vor Ort sei das unmöglich.

In den studienbegleitenden Praktika habe sie schlechte Erfahrungen gemacht. «Weil die Plätze knapp sind, musste ich mir meinen oft mit mehreren Kolleginnen teilen. So konnten wir natürlich nie so viel machen, wie wenn wir allein im Praktikum gewesen wären.» Darunter habe die Ausbildung gelitten: «Ich fühlte mich beim Jobantritt aufgeschmissen, ins kalte Wasser geworfen – da nützte all mein theoretisches Wissen nichts.»

Praktika an Schulen machen fast einen Drittel der Ausbildung aus; zuletzt hat die PH die Einsätze leicht erhöht. Hier können die künftigen Lehrerinnen und Lehrer gestandenen Berufsleuten über die Schulter schauen. Bei den Lehrkräften sind die Erfahrungen aber zwiespältig.

«Banale Sachen konnten sie nicht»

Eine 58-jährige Lehrerin, die über zehn Jahre Praxislehrerin war und Studierende in ihrer Klasse betreut hat, erzählt: «Vielen fehlte das Rüstzeug, wenn sie zu mir in den Unterricht kamen. Banale Sachen wie eine Textbesprechung durchführen konnten sie nicht.» Sie habe sich dann schon gefragt, ob an der PH wirklich das Richtige unterrichtet werde.

Sie hörte als Praxislehrperson auf, weil die Bürokratisierung stark zugenommen hat. Da konnte sie nicht mehr dahinterstehen. «Statt sich auf eine Stunde vorzubereiten, mussten die Studierenden x Sachen ausfüllen, ein Tagebuch führen, einen Lernplan bespielen und so weiter. Sie waren mit diesen Theorieaufgaben völlig zugedeckt und konnten sich gar nicht auf den praktischen Unterricht konzentrieren.»

Zusammengefasst: Das Studium ist zu theorielastig und bereitet die künftigen Lehrpersonen zu wenig auf die Realität in den Klassenzimmern vor.

Stellungnahme der Schulleitung der PH Zürich: «Der Anteil der berufspraktischen Ausbildung liegt über alle Studiengänge hinweg bei knapp einem Drittel. Damit ist das von der Politik festgelegte Maximum für die Berufspraxis nahezu ausgeschöpft. Wie in jedem Beruf erleben auch die zukünftigen Lehrpersonen die ganze Realität ihres Berufs jedoch erst, wenn sie die volle Verantwortung übernehmen. Daher profitieren die neu in den Beruf eingestiegenen Lehrpersonen von der gesetzlich vorgesehenen Fachbegleitung am Arbeitsplatz durch eine erfahrene Lehrperson sowie von der Weiterbildung <Berufseinführung>. Neben der unmittelbar auf die Praxis ausgerichteten Ausbildung ist es auch Aufgabe von Pädagogischen Hochschulen, Grundlagen zu vermitteln, um unterschiedliche Entwicklungen und Lernprozesse von Schülerinnen und Schülern zu verstehen und darauf reagieren zu können.»

«Der Realitätscheck war brutal»

Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich schlecht auf Elterngespräche vorbereitet. Fachleute fordern Verbesserungen in der Ausbildung.

Eine Primarlehrerin, die seit zwei Jahren unterrichtet, erinnert sich «mit Grausen» an ihre Ausbildung an der PH. Man habe zwar Elterngespräche mit nachgestellten Szenen geübt. Aber alles sei «wie in Watte gepackt» gewesen, die Übungen kindlich-spielerisch.



«Dann trat ich meine Stelle in einer Gemeinde mit hohem Migrationsanteil an. Der Realitätscheck war brutal.» Anders als die Schulübungen sei die Wirklichkeit nun einmal oft konfliktgeladen. «Ich musste mir nachträglich alle Fertigkeiten selbst erarbeiten, damit es funktioniert.»

Sie ist damit nicht allein. Eine Befragung von PH-Absolventen zeigt die Schmerzpunkte klar auf. Viele Ehemalige kritisieren, dass ihnen nach der Ausbildung die Fertigkeiten für die Elternarbeit fehlten. Ebenso wie für den Umgang mit Kindern mit besonderen Bedürfnissen.

Seit Jahren ein Thema, aber ...

Das macht Gabriela Kohler Sorgen. Die Präsidentin der Zürcher Elternmitwirkungsorganisation KEO sagt, die Problematik werde seit Jahren thematisiert, doch die Situation habe sich nicht wirklich verbessert. «Es ist erwiesen, dass sich eine gute Kooperation zwischen Schule und Elternhaus positiv auf den Schulerfolg der Kinder auswirkt», so die 58-Jährige. Das belegen zahlreiche Studien.

Deshalb ist dieser Aspekt ein zentrales Anliegen der KEO. Kohler wünscht sich gut vorbereitete Lehrpersonen in Sachen Elternzusammenarbeit. Seit 2005 ist die Elternmitwirkung im Kanton Zürich gesetzlich verankert.

«Lehrermangel macht mir Bauchweh»

Nun hat die PH reagiert und will mit dem neuen Modell der Kooperationsschulen 2.0 enger mit dem Schulumfeld zusammenarbeiten. Ein Schritt in die richtige Richtung, findet Gabriela Kohler.

Sie hofft auf einen positiven Effekt in zwei, drei Jahren, wenn die ersten Absolventen die Ausbildung abgeschlossen haben. «So lange bleibt das etwas unguete Gefühl bestehen. Auch in Bezug auf den Lehrermangel, «der macht mir immer noch Bauchweh.»

«Ich wurstle mich durch»

«In meiner Klasse gibt es mindestens drei Leistungsniveaus», sagt eine Lehrerin, die letztes Jahr die PH abgeschlossen hat. «Gern hätte ich gelernt, welche Strategien es dazu gibt.»

So wurstle sie sich durch, bereite für eine Stunde drei verschiedene Unterrichtsmaterialien vor, um möglichst jedes Kind abzuholen. Immer wieder gebe es dazu Gespräche mit besorgten Eltern, die finden, ihr Kind werde zu wenig gefördert oder zu sehr gebremst. Eine zusätzliche Herausforderung seien auch Schüler mit ADHS oder einer Autismus-Spektrum-Störung. «Der Aufwand für sie ist riesig, ich stosse an meine Grenzen.»

Die junge Lehrerin hat gekündigt und wird nächstes Semester erst einmal nur noch Stellvertretungen annehmen, um sich zu überlegen, wie es weitergehen soll. Natürlich sei nicht einzig die PH an diesen Zuständen schuld. Aber: «In der Ausbildung werden diese Aspekte des Lehreralltags vernachlässigt.»

Zusammengefasst: Die Studierenden werden zu wenig auf den Austausch mit den Eltern vorbereitet. Das gefährdet das Konzept der Elternmitwirkung. Gerade bei Kindern mit besonderen Bedürfnissen ist die Kommunikation zwischen Lehrperson und Eltern entscheidend.

Stellungnahme der Schulleitung der PH Zürich: «Die Zusammenarbeit mit den Eltern bildet in der Ausbildung von Lehrpersonen eine besondere Herausforderung, das fließt auf allen Schulstufen in die Ausbildung ein. Bei den Praktika an den Kooperationsschulen erhalten die Studierenden verstärkt Einblicke in die Zusammenarbeit, etwa indem sie an Elternabenden teilnehmen. Studierenden stehen ausserdem vertiefende Wahlmodule zum Thema zur Verfügung.»



Mehr Bodenhaftung, bitte!

Beobachter, 6. Juli 2024, Birthe Homann

Lehrerinnen und Lehrer kritisieren ihre Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule: Es mangle an Praxisbezug, der Realitätscheck sei brutal. Was sich ändern muss.

Ach, diese armen Lehrerinnen und Lehrer, die grössten Jammeri. Die sollten mal richtig arbeiten, dann werden sie schon sehen. – So klingt schnell und oft, wenn sich Lehrpersonen zu ihrem Alltag äussern und Probleme ansprechen. Ich nehme mich da nicht aus. Denn wir sind schliesslich Expertinnen auf diesem Gebiet. Meinen wir zumindest, weil wir ja alle mal die Schule besucht haben.

So einfach ist es aber nicht (ist es nie, selbstverständlich). Natürlich kann man sich über die Müsterchen aus dem Lehrerleben lustig machen und finden: Ist doch alles nicht so schlimm.

Der Fisch stinkt vom Kopf

Dabei verkennt man aber, wie ernst die Lage ist. Immer noch fehlen Hunderte von Lehrerinnen in Schweizer Klassenzimmern. In Zukunft werden es noch mehr sein. Über 70'000 Lehrkräfte müssen in den nächsten Jahren neu ausgebildet werden. So das Szenario des Bundes.

Die Studierendenzahlen an der Pädagogischen Hochschule Zürich – der grössten der Schweiz – stagnieren oder sind teilweise rückläufig. Gleichzeitig regen sich zahlreiche Ehemalige über die praxisferne Ausbildung auf: Hier stimmt offensichtlich etwas nicht.

Der Fisch stinkt vom Kopf, heisst es. Wenn es schon «oben» in der Schaltzentrale der Ausbildung hapert, wie soll es dann «unten» in der Praxis funktionieren?

Es geht um nicht Messbares

Die Pädagogische Hochschule Zürich müsse sich auf ihren Kernauftrag fokussieren und Lehrpersonen ausbilden, fordert die GLP-Kantonsrätin und ehemalige Lehrerin Chantal Galladé. Das ist in Zeiten des Lehrermangels dringend nötig.

«Die PH ist keine Uni, die Steuergelder müssen nicht für Forschung, sondern direkt in die Praxisausbildung der Lehrkräfte investiert werden», sagt Galladé. Recht hat sie.

Die PH ist ja eben keine technische Hochschule, sondern eine, in der nicht Messbares wie Einfühlungsvermögen oder Beziehungsarbeit wichtig sein sollte. Ein Dozent sagt treffend: «Mit dem gegenwärtigen Verständnis der Lehre an der PH geht der Bezug zu allen anderen Aspekten des Lebens verloren.»

Herr Fatzer hat mich gerettet

Bei mir war es das Einfühlungsvermögen meines Primarlehrers in der Mittelstufe: Herr Fatzer hat mich gerettet. Ohne ihn wäre ich nicht da, wo ich heute bin.

Meine Familie kam damals gerade zurück aus Dänemark. Mir fiel es schwer, mich in den – verglichen mit Skandinavien – viel strengeren und geregelteren Schweizer Schulalltag einzufinden.

Herr Fatzer hat meine Freude am Zeichnen und an Sprachen gefördert, mich «gesehen». Dank ihm weiss ich zum Beispiel, dass manche Tiger Schwimmhäute haben. Daran muss ich immer denken, wenn jemand sagt: «Das ist doch unmöglich, das können wir nicht ändern». Wenn Katzen quasi zu Amphibien mutieren können, dann kann ja wohl auch eine PH praxisnäher werden.

Beziehungsarbeit ist alles – danke, Herr Fatzer.

Auf die heutigen Realitäten ausrichten

Wie wichtig das Verhältnis eines Kindes zur Lehrerin oder zum Lehrer ist, ist bestens belegt. Stichwort: Hattie-Studie. Der neuseeländische Erziehungswissenschaftler fasste die Daten von Tausenden internationalen Untersuchungen zusammen, um herauszufinden, wie schulisches Lernen gelingt. Zentrales Ergebnis: Durch die Beziehung zwischen Lehrerin und Schülerin. Das gelingt aber nur, wenn nicht alle paar Monate eine neue Lehrkraft vor der Klasse steht, weil die alte ausgebrannt, krank oder frustriert ist. Oder weil schlicht keine gefunden wird.



Es braucht also eine Pädagogische Hochschule, die sich konsequent auf die heutigen Realitäten in den Klassenzimmern ausrichtet. Eine, die Lehrpersonen so ausbildet, dass sie eine positive Lernatmosphäre schaffen können, in der sie gern mit den Kindern und ihren Eltern zusammenarbeiten.
Kurz: eine PH mit Bodenhaftung.

Abschaffung der Abschlussprüfung

NZZ, 5. Juli 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief

Der Titel «Chat-GPT gefährdet die gymnasiale Bildung» müsste heissen: «Chat-GPT gefährdet das Denken», denn wenn die Gymnasiasten nicht mehr die Bücher oder die Matura-Lektüre lesen, so wird ihnen letztlich das Denken durch KI abgenommen (NZZ 2. 7. 24).

Die Antwort hat Immanuel Kant in seiner Abhandlung «Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?» (1784) gegeben: «Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.» Und weil damals wie heute die Menschen – und Jugendlichen – gerne den mühsamen Arbeiten aus dem Weg gehen, schrieb er: «Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat (. . .) so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nötig zu denken.» 240 Jahre später muss man das Buch durch Chat-GPT oder Ähnliches ersetzen.

Der Autor schreibt: «Die Mittelschule ist die einzige Phase im Leben kluger Menschen, in der sie eine umfassende Allgemeinbildung erhalten.» Gleiches gilt für die Berufsfachschulen – dort heisst das Fach sogar Allgemeinbildender Unterricht (ABU). Doch was macht der Bund, der für die Berufsbildung zuständig ist? Er will diese abwerten, indem die schriftliche Abschlussprüfung im ABU wegfallen soll. Die Abschlussarbeit soll aufgewertet werden, obwohl diese auch mit KI schneller und ohne eigenes Denken erarbeitet werden kann. Aber eben, der Entscheid wurde vor etwa drei Jahren gefällt, und die Politik reagiert auf neue Situationen bekanntlich träge oder gar nicht.

Unverständlich ist auch, dass der Regierungsrat des Kantons Zürich zur Totalrevision der Verordnung für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung schreibt: «Eine Mehrheit der Schulen und der Organisationen beurteilen die Abschaffung der Abschlussprüfung (. . .) kritisch.»

Der Regierungsrat denkt zwar, aber Bern hat schon beschlossen. Daher steht dann auch in der Vernehmlassungsantwort des Kantons Zürich: «Die Vereinfachung des Qualifikationsverfahrens durch die Reduktion der Prüfungsformen wird begrüsst.»

Armin Tschenett, Luzern



Veranstaltungshinweis

Lerncoach oder Bandenchef? Individualisierung versus Sozialität – ein Gegensatz?

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 25. September 2024

Referenten

Prof. Dr. Norbert Ricken
(Ruhr-Universität Bochum)

Christine Staehelin
(Lehrerin und Erziehungswissenschaftlerin, Basel)

Ort und Datum

Mittwoch, 25. September 2024, 18.30 – 20.30

OST – Ostschweizer Fachhochschule

Rosenbergstrasse 59 (beim Bahnhof)

9000 St. Gallen

Grosser Plenarsaal, Parterre

